

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungen	XXIX
<i>Einleitung</i>	1
<i>Kapitel 1: Zur Einführung: Unternehmensgeheimnisse als Kristallisationspunkte divergierender Interessen und die historische Dimension ihres rechtlichen Schutzes</i>	17
Teil 1: Die prägende Vorgeschichte: der Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Strafgesetzbüchern der deutschen Staaten vor 1871 und das Unternehmensgeheimnis in der Patentkontroverse	51
<i>Kapitel 2: Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Strafgesetzbüchern der deutschen Staaten vor 1871</i>	53
<i>Kapitel 3: Die Privatisierung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen</i>	133
<i>Kapitel 4: Liberalismus, Antipatentbewegung und das Ende des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen durch die „Lücke“ im Reichsstrafgesetzbuch von 1871</i>	158
<i>Kapitel 5: Die Bekämpfung von Unternehmensgeheimnissen als zentrales Argument der Propatentbewegung zur Durchsetzung des Reichspatentgesetzes von 1877</i>	226
Teil 2: Die Kontroverse über die (Wieder)Einführung eines Schutzes von Unternehmensgeheimnissen im UWG von 1896	261

<i>Kapitel 6: Bestrebungen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen im Reichsstrafgesetzbuch in den 1880er Jahren</i>	265
<i>Kapitel 7: Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen im UWG von 1896</i>	318
<i>Kapitel 8: Der Nachhall der Patentkontroverse: Schutz von Unternehmensgeheimnissen, freier Wettbewerb und Patentrecht.....</i>	363
<i>Kapitel 9: Die Diskussion um die Begründung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen</i>	429
<i>Kapitel 10: Die Gründe für die Wahl eines strafrechtlichen Schutzes für Unternehmensgeheimnisse im UWG von 1896</i>	494
<i>Kapitel 11: Die Diskussion über die Vereinbarkeit des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen mit den Interessen der Arbeitnehmer</i>	530
Teil 3: Interpretation und Expansion: die weitere Behandlung des „Kompromißgesetzes“ in Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung.....	607
<i>Kapitel 12: Die Diskussion über die rechtliche Einordnung</i>	615
<i>Kapitel 13: Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen durch das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900</i>	669
<i>Kapitel 14: Die UWG-Reform des Jahres 1909 und der Schutz von Unternehmensgeheimnissen</i>	691
<i>Kapitel 15: Ausblick: Korrekturen am und Diskussionen im etablierten deutschen Modell zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen</i>	711
Quellen- und Literaturverzeichnis	737
Register	771

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungen	XXIX
<i>Einleitung</i>	1
I. Fragestellung	1
II. Forschungsstand	7
III. Methode	11
IV. Gang der Untersuchung	12
V. Quellen	14
<i>Kapitel 1: Zur Einführung: Unternehmensgeheimnisse als Kristallisationspunkte divergierender Interessen und die historische Dimension ihres rechtlichen Schutzes</i>	17
I. Funktion und Grenzen der institutionenökonomischen Analyse für die rechtshistorische Untersuchung	18
II. Unternehmensgeheimnis als analytischer Begriff	22
1. Die schwankende Terminologie der Quellen	22
2. Der Begriff „Unternehmensgeheimnis“ als Schlüssel zu den relevanten Interessenkonflikten	27
III. Die Neue Institutionenökonomik und ihre Analyseinstrumente	29
1. Ökonomik und das Modell des Homo Oeconomicus	30
2. Property Rights-Ansatz	32
a. Verhaltenssteuerung durch Property Rights... ..	32
b. Konflikte um das öffentliche Gut „Wissen“ – die Konsequenzen des Fehlens von Property Rights.....	33
c. Konflikte in der sozialen Organisation „Unternehmen“ aufgrund verschiedener Property Rights.....	35
3. Principal Agent-Ansatz	36
IV. Der Konflikt um das begehrte öffentliche Gut „Wissen“ in der sozialen Organisation „Unternehmen“ und seine Entscheidung durch den Gesetzgeber.....	37
1. Konstellation und Rahmenbedingungen	37

2. Akteure und Interessen auf der Mikroebene: die Dreiecks- beziehung zwischen Unternehmer, Arbeitnehmer und Konkurrent	39
a. Die Interessenlage des Konkurrenten und die Entstehung der Nachfrage auf dem Markt für Unternehmensgeheimnisse	39
b. Interessenkonflikte in der sozialen Organisation „Unternehmen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	41
aa. Property Rights I: Unternehmensgeheimnisse als (begrenzt) öffentliche Güter	41
bb. Property Rights II: die unterschiedliche Verfügungsbereitschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	42
cc. Der Interessengleichklang zwischen Konkurrent und Arbeitnehmer	42
dd. Der Principal Agent-Konflikt zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer	43
ee. Der externe Effekt der Kooperation zwischen Arbeitnehmer und Konkurrent	43
ff. Die Dilemmasituation des Unternehmers	44
c. Die Lösung aus Sicht des Unternehmers: Property Right am Unternehmensgeheimnis	44
d. Die Gegenposition des Arbeitnehmers	45
3. Akteure und Interessen auf der Makroebene: die Betroffenheit der Allgemeinheit und die Rolle des Gesetzgebers	46
a. Der Gesetzgeber als Akteur beim Schutz von Unternehmens- geheimnissen	46
b. Der Schutz des Geistigen Eigentums und die Interessen der Allgemeinheit	46
c. Die Problematik der Integration von Normen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen in ein System des Schutzes Geistigen Eigentums	47
V. Die historische Dimension	48

Teil 1: Die prägende Vorgeschichte: der Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Strafgesetzbüchern der deutschen Staaten vor 1871 und das Unternehmensgeheimnis in der Patentkontroverse	51
--	----

<i>Kapitel 2: Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Strafgesetzbüchern der deutschen Staaten vor 1871</i>	53
--	----

I.	Entstehung und Begriff der „Partikularstrafgesetzbücher“	56
II.	Die Normen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen	58
	1. Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen im bayerischen Strafgesetzbuch von 1813.....	59
	a. Art. 396: Schutz von „Privatgeheimnissen“ gegen Eindringen	60
	b. Art. 397: Schutz von Geisteswerken gegen „Rechtsverletzungen durch Entwendung oder Betrug“	62
	2. Die weitere Entwicklung in den Partikular- strafgesetzbüchern.....	63
	a. Die Übernahme von Formulierungen des Art. 396 des bayerischen Strafgesetzbuches von 1813.....	63
	b. Bestimmungen gegen Geheimnisverrat	65
	c. Abstrakte Erfassung von Tathandlung und Schutzobjekt.....	67
	d. Das bayerische Strafgesetzbuch von 1861.....	69
	3. Das Tatbestandsmerkmal „Geheimnis“	69
	a. Die Terminologie der Bestimmungen.....	70
	b. Definitionen	71
	4. Die Ausgestaltung als Antragsdelikt.....	73
	5. Täterschaft, Teilnahme und subjektiver Tatbestand.....	74
	6. Die systematische Einordnung der Normen	75
	a. Bezug zum Schutz des persönlichen (Geheimnis)Bereichs....	76
	b. Bezug zum Eigentums- oder Vermögensschutz.....	77
	c. Pflichtverletzung in besonderen Verhältnissen.....	78
III.	Gründe für den rechtlichen Schutz von Unternehmensgeheimnissen.....	78
	1. Bisherige Erklärungsversuche	79
	a. Paul Schmid: die „Anmerkungen zum Strafgesetzbuche für das Königreich Baiern“ von 1813 als prägende Begründung	80
	aa. Die These Schmid	80
	bb. Die „Anmerkungen“ zum bayerischen Strafgesetzbuch von 1813	81
	cc. Die „Anmerkungen“ als Beispiel für die Theorie des Geistigen Eigentums	83
	dd. Kritik an der Interpretation Schmid	85
	ee. Die Probleme der Rechtsprechung in Bayern bei der Auslegung der Artt. 396 und 397	88
	b. Eugen Friedlaender: mangelnde klare Auffassung der Gesetzgeber über den Grund des Schutzes	91
	2. Der Schutz „industrieller Etablissements“ als Ziel des Gesetz- gebers des bayerischen Strafgesetzbuchs von 1861	93

3.	Die Frage des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen als Ergebnis der Rahmenbedingungen der (Früh)Industrialisierung.....	95
a.	Einflussfaktoren der Industrialisierung.....	96
aa.	Die Fabrik als Typus kapitalistischer Wirtschaftsweise und Brennpunkt der Frage des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen.....	97
bb.	Nachfrage nach Unternehmensgeheimnissen durch Wettbewerbsmärkte	102
cc.	Wissen als zunehmend bedeutender Produktions- und Wettbewerbsfaktor	104
dd.	Größere Gefahr des Verrats durch arbeitsteilige Produktionsweise in wachsenden Fabriken	105
b.	Die Lösung: Property Right am Unternehmensgeheimnis durch strafrechtlichen Schutz zur Ermöglichung einer kapitalistischen Produktion	106
4.	(Potenzielle) Gegenargumente.....	108
a.	Arbeitnehmerinteressen.....	109
b.	Liberaler Wirtschaftstheorie.....	110
c.	(Konkurrenz)Verhältnis zum Patentrecht	113
aa.	Keine unbestrittene Zwecksetzung und daher kein Konkurrenzverhältnis.....	113
bb.	Geheimnisschutz als Schutzalternative zum territorialen Patentrecht.....	116
IV.	Die Gründe für die Wahl des strafrechtlichen Schutzes	121
1.	Unternehmensgeheimnisse als „fremdes Eigentum“ – Hinweis auf eine zivilrechtliche Alternative?	121
2.	Die versperrte zivilrechtliche Alternative: Immaterialgüter als untaugliche Rechtsobjekte im römischen Recht	124
3.	Strafwürdiges Verhalten.....	126
4.	Erklärung für die Bezeichnung von Unternehmensgeheimnissen als „Eigentum“: die Übertragung des Subjekt-Objekt-Musters des Eigentums auf Geheimnisse und die Lehre vom Geistigen Eigentum.....	127
V.	Fazit	130
<i>Kapitel 3: Die Privatisierung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen.....</i>		133
I.	Der Schutz von „Fabriken- und Handlungsgeheimnissen“ in ALR II 20 § 148 als Beispiel für den merkantilistischen Geheimnisschutz.....	134

II.	Geheimnisschutz im Rahmen der merkantilistischen Wirtschaftspolitik	136
	1. Begriff und Zielsetzung merkantilistischer Wirtschaftspolitik ...	137
	2. Aktive Handelsbilanz, Gewerbeförderung und „gute Policey“ ..	139
	3. Der Schutz von Immaterialgütern durch Privilegien	143
	4. Peuplierung und Abwerbung von Fachkräften	145
	5. Der merkantilistische Geheimnisschutz: Beschränkung der Freizügigkeit und Verbot der Weitergabe von Wissen.....	148
III.	Die partikularstrafgesetzlichen Normen als Bestimmungen zum Schutz individueller Interessen im Kontrast zum merkantilistischen Geheimnisschutz in ALR II 20 § 148	150
	1. Die Unterordnung individueller Interessen unter die des Staates im Merkantilismus	150
	2. Die individuelle Schutzrichtung der Normen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Partikularstraf- gesetzbüchern.....	152
	3. Der Geheimnisschutz in den Partikularstrafgesetzbüchern als Teil der Privatisierung des Schutzes von Geistigem Eigentum zu Beginn des 19. Jahrhunderts	154
IV.	Fazit	156

	<i>Kapitel 4: Liberalismus, Antipatentbewegung und das Ende des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen durch die „Lücke“ im Reichsstrafgesetzbuch von 1871</i>	158
--	---	-----

I.	Antipatentbewegung und Erfindungsschutz	160
	1. Die preußischen Reformen und die Einführung der Gewerbe- freiheit.....	161
	2. Die Freihandelsbewegung und der „Kongress deutscher Volkswirte“	168
	3. Entstehung und Argumentation der Antipatentbewegung	174
	a. Die Antipatentbewegung.....	175
	b. Der Vormarsch der Antipatentbewegung und ihre Verflechtung mit der preußischen Ministerialbürokratie	175
	c. Die Gründe der Ablehnung des Patentrechts durch die Antipatentbewegung	178
	4. Unternehmensgeheimnisse in der Argumentation der Antipatentbewegung.....	182
	a. Unternehmensgeheimnisse als Paradebeispiele für Monopole bei Adam Smith	184
	b. Geheimhaltung als „natürliches Patentsystem“ statt „hassenswerthes Privilegium“	186
	aa. Die Veröffentlichungen Albert Schöffles 1867	186

bb.	Der patentkritische Antrag Bismarcks beim Norddeutschen Bund 1868.....	193
c.	Das ambivalente Verhältnis der Antipatentbewegung zu Unternehmensgeheimnissen.....	194
5.	Erfindungsschutz durch Geheimhaltung als Konsequenz preußischer Patenterteilungspolitik.....	196
a.	Patentrecht und Patenterteilungspraxis in Preußen.....	196
aa.	Patenterteilung während der Amtszeit Beuths.....	197
bb.	Patenterteilung während der Patentkontroverse.....	199
b.	Preußische Patenterteilung als prägende Negativerfahrung: das Beispiel Heinrich Caros und der BASF.....	200
c.	Die Wirksamkeit des natürlichen Erfindungsschutzes durch Geheimhaltung.....	203
II.	Gesetzgebung zu Unternehmensgeheimnissen im Schatten der Patentkontroverse: von ALR II 20 § 148 zur „Lücke“ im Reichsstrafgesetzbuch von 1871.....	204
1.	Das preußische Strafgesetzbuch von 1851.....	207
a.	Späte Modernisierung: die Diskussion um eine Reform des ALR II 20 § 148.....	208
b.	Die Reform von ALR II 20 § 148 als Teil der Entstehung des preußischen Strafgesetzbuches.....	210
c.	Geheimnisschutz im preußischen Strafgesetzbuch von 1851.....	214
2.	Das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund 1871.....	215
a.	Das preußische Strafgesetzbuch als Modell für das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund.....	216
b.	Geheimnisschutz im Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund.....	216
3.	Die „Lücke“ im Reichsstrafgesetzbuch von 1871.....	220
a.	Geheimnisschutz im Reichsstrafgesetzbuch.....	221
b.	Die Interpretation der Normen zum Geheimnisschutz des Reichsstrafgesetzbuchs als abschließende Regelung und die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 418 Code pénal.....	221
III.	Fazit.....	224

	<i>Kapitel 5: Die Bekämpfung von Unternehmensgeheimnissen als zentrales Argument der Propatentbewegung zur Durchsetzung des Reichspatentgesetzes von 1877.....</i>	226
--	--	-----

I.	Formation und Agitation der Propatentbewegung.....	228
1.	„Verein Deutscher Ingenieure“.....	229
2.	Werner von Siemens.....	230

3.	„Deutscher Patentschutzverein“	231
4.	Wilhelm André.....	232
II.	Die Argumentation der Propatentbewegung: Unternehmens- geheimnisse als gemeinschädliche Monopole und das Patentrecht als Mittel zu ihrer Beseitigung	233
1.	Das Gutachten Werner von Siemens für die „Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin“ aus dem Jahre 1863.....	234
2.	Die folgenden Publikationen der Propatentbewegung.....	239
a.	Siemens, André, VDI, Internationaler Patentschutzkongress und „Deutscher Patentschutzverein“	239
b.	Die Kritik an Schäffle im Sammelband „Zur Patentfrage“ des VDI von 1874	240
c.	Unternehmensgeheimnisse in Klostermanns Aufsatz „Das Recht des Erfinders“ 1877.....	242
III.	Der Erfolg der Propatentbewegung: das Reichspatentgesetz von 1877.....	244
1.	Der Umschwung des wirtschaftspolitischen Meinungsklimas: Gründerkrise, Kathedersozialismus und Verbändestaat	244
2.	Das Reichspatentgesetz von 1877 als Mittel zur Bewältigung der Gründerkrise	250
3.	Das Argument der Bekämpfung von Geheimnissen im Gesetzgebungsverfahren und sein Niederschlag im Reichspatentgesetz von 1877.....	253
4.	Das Reichspatentgesetz als Quelle künftiger Konflikte über die Vereinbarkeit von Patent- und Geheimnisschutz.....	256
IV.	Fazit	258

Teil 2: Die Kontroverse über die (Wieder)Einführung eines Schutzes von Unternehmensgeheimnissen im UWG von 1896	261
---	-----

<i>Kapitel 6: Bestrebungen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen im Reichsstrafgesetzbuch in den 1880er Jahren</i>	<i>265</i>
--	------------

I.	Die Eröffnung der Diskussion durch Hermann Ortloff 1883	266
II.	Die Behandlung der Frage in gewerblichen Zeitschriften.....	273
III.	Das Interesse gewerblicher Interessenverbände am Schutz von Unternehmensgeheimnissen.....	278
1.	Die Petition des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ (1884).....	279

	2. Das Engagement des „Verbands keramischer Gewerke in Deutschland“ und seines Verbandssekretärs Julius Frühauf.....	281
IV.	Die „Gegenschrift“ Gustav Freudensteins 1884.....	285
V.	Die Erhebungen des Reichsamts des Inneren.....	287
	1. Das Rundschreiben des Staatssekretärs v. Boetticher von 1885.....	287
	2. Die Stellungnahmen der Handelskammern und Interessenverbände.....	288
	a. Das Gutachten der Handelskammer zu Leipzig 1885.....	289
	b. Das Gutachten der Kaufmannschaft zu Berlin 1885.....	291
	c. Die Beratungen der Handels- und Gewerbekammer zu Oberbayern 1885.....	295
	d. Das von Josef Landgraf verfasste Gutachten der Handelskammer für den Kreis Mannheim 1885.....	297
	e. Die befürwortende Stellungnahme des „Centralverbandes Deutscher Industrieller“ 1886.....	298
	f. Die ablehnende Eingabe des „Vereins Deutscher Ingenieure“ 1886.....	299
	g. Das uneinheitliche Meinungsbild und seine Interpretation durch die Zeitgenossen.....	302
VI.	Der Vortrag Josef Ludwig Brunsteins 1887.....	304
VII.	Unternehmensgeheimnisse im Reichstag 1885 und die Ablehnung eines gesetzgeberischen Einschreitens durch das Staatsministerium des Innern 1888.....	306
VIII.	Der 19. Deutsche Juristentag 1888.....	309
	1. Das Gutachten Wilhelm Andrés.....	310
	2. Diskussion und befürwortende Beschlussfassung.....	311
	3. Edwin Katz: der Verrat von Unternehmensgeheimnissen „unter dem Gesichtspunkt der Untreue“.....	312
IX.	Josef Kohler 1889: Schutz von Unternehmensgeheimnissen als „dringendes Postulat der deutschen Gesetzgebung“.....	315
X.	Fazit.....	317

Kapitel 7: Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen im

	<i>UWG von 1896.....</i>	<i>318</i>
I.	Unlauterer Wettbewerb und Unternehmensgeheimnisse.....	320
	1. Die Aktualität der Frage des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen zu Beginn der 1890er Jahre.....	320
	2. Der Beginn der Diskussion über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.....	322

3.	Die Einbeziehung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen in die Diskussion über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	323
a.	Die Verletzung von Unternehmensgeheimnissen als Folge des sich verstärkenden Wettbewerbs	324
b.	Das sich entwickelnde Bewusstsein für eine Verletzung von Unternehmensgeheimnissen als unlauteres Verhalten....	325
c.	Unternehmensgeheimnisse im französischen Recht und das Vorbild der Concurrence déloyale.....	326
d.	Schutz des Persönlichkeitsrechts als gemeinsame theoretische Erklärung	329
e.	Die Frage des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen in der Literatur zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	331
II.	Die Kritik am mangelnden Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Beratungen des Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen von 1894	333
III.	Die Bestimmungen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Regierungsentwürfen eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	339
1.	Die Ausarbeitung der Regierungsentwürfe	339
2.	Der Meinungswechsel der Regierung: die Notwendigkeit des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen.....	339
3.	Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen im ersten und zweiten Entwurf des UWG.....	341
a.	Der Wortlaut der Bestimmungen.....	341
b.	Die Etablierung der Terminologie „Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse“	342
c.	Die Erweiterung des Kreises der strafbaren Personen im zweiten Entwurf.....	344
d.	Die Verwertung von Geheimnissen durch Arbeitnehmer im nachvertraglichen Bereich.....	345
e.	Täterschaft und Teilnahme, subjektiver Tatbestand und Antragsdelikt.....	346
f.	Der ergänzende zivilrechtliche Ersatzanspruch	347
IV.	Der Weg zur endgültigen Gesetzesfassung	348
1.	Der Gang der parlamentarischen Beratungen des UWG von 1896	348
2.	Die Änderungen in den parlamentarischen Beratungen und die endgültige Gesetzesfassung	348
V.	Die Problematisierung des Zusammenhangs des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen mit der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	350

1.	Der Bezug des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen zum unlauteren Wettbewerb im ersten Regierungsentwurf	351
2.	Die Reaktion der Öffentlichkeit.....	352
3.	Die Behandlung der Frage im zweiten Entwurf	354
4.	Die öffentliche Kritik	355
5.	Die Diskussion in den parlamentarischen Beratungen	355
6.	Die Reaktionen nach dem Gesetzgebungsverfahren	359
VI.	Fazit	360

Kapitel 8: Der Nachhall der Patenkontroverse: Schutz von Unternehmensgeheimnissen, freier Wettbewerb und Patentrecht..... 363

I.	Die Notwendigkeit einer Ergänzung der bestehenden Gesetze zum Schutz des Geistigen Eigentums.....	366
1.	Nur durch Geheimhaltung schutzfähige Positionen	367
2.	Die Absicherung des Entwicklungsstadiums	367
3.	Potenziell über das Patentrecht erfassbare Geheimnisse	369
II.	Chemischen Industrie, Patentschutz und Schutz von Unternehmensgeheimnissen.....	369
1.	Die chemische Industrie im Kaiserreich und die Gründung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“	371
2.	Die chemische Industrie und das Patentrecht im Vorfeld des Reichspatentgesetzes von 1877	372
3.	Das deprimierende Resultat des Reichspatentgesetzes von 1877 für die chemische Industrie: die Problematik des Stoffschutzes und der als unzureichend empfundene Schutz im Bereich der chemischen Industrie.....	376
4.	Das Engagement des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ für einen Schutz von Unternehmensgeheimnissen	386
a.	Die Vorstandssitzung vom 24. Januar 1883.....	387
b.	Die Diskussion im „Berliner Lokalverein“ und das Gutachten Lindenbergs	388
c.	Die Diskussion auf den Generalversammlungen 1883 und 1884 und die Petition von 1884.....	391
d.	Die weiteren Aktivitäten des Vereins.....	394
5.	Die Ziele der Agitation: Alternative zum Patentrecht und Ausweitung des Schutzes	399
III.	Die Frage des Ausbaus der bestehenden Gesetzgebung	400
1.	Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen als folgerichtiger Ausbau der bestehenden Gesetzgebung auf dem Gebiet des Geistigen Eigentums	400

a.	Der gleichmäßige Schutz von ökonomisch Gleichwertigem.....	401
b.	Der Trend zur Erweiterung des Schutzes Geistigen Eigentums und die Schließung von Lücken in der Gesetzgebung.....	402
c.	Schutz des Patentamts vor unausgereiften Anmeldungen	403
d.	Schutz des „Occupationsrechts“	403
2.	Die liberale Kritik am weiteren Ausbau des Schutzes des Geistigen Eigentums	404
IV.	Die Diskussion um den Geheimnisschutz als Wertungswiderspruch und unerwünschte Konkurrenz zum Patentrecht	407
1.	Die Gefahr eines unbefristeten Monopols durch den Schutz von Unternehmensgeheimnissen	408
2.	Der Zielkonflikt zwischen Geheimnisschutz und Anreiz zur Offenbarung von Erfindungen.....	409
a.	„Verein Deutscher Ingenieure“	410
b.	Wilhelm André	411
c.	Werner von Siemens	413
3.	Kein Zielkonflikt bei einem Verständnis des Patentrechts als Schutz vorpositiven Geistigen Eigentums des Erfinders.....	415
4.	Das Konkurrenzverhältnisses bei den Befürwortern eines Schutzes	417
a.	Landgraf: nur Schutz origineller, neuer und gewerblich verwertbarer Geheimnisse.....	418
b.	Wechsler: Ausschluss patentfähiger Erfindungen aus dem Geheimnisschutz	419
c.	Brunstein: kein Konkurrenzverhältnis aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Wirkungen des Schutzes.....	419
d.	Kohler: „Vollkommener Spielraum“ für den Geheimnisschutz durch das Vorbenutzungsrecht im Reichpatentgesetz von 1877	422
V.	Die Bedeutung der Diskussion im Gesetzgebungsverfahren zum UWG von 1896.....	423
1.	Die Position der Regierung in den Regierungsentwürfen für ein UWG.....	424
2.	Die marginale Rolle der Frage der Vereinbarkeit in den parlamentarischen Beratungen.....	426
VI.	Fazit	427

<i>Kapitel 9: Die Diskussion um die Begründung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen</i>	429
I. Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen als Schutz eines Individual-, Persönlichkeits- oder Immaterialgüterrechts.....	430
1. Gareis und Kohler und der Schutz von Unternehmensgeheimnissen.....	434
a. Das Individualrecht des Arbeitnehmers auf Weiternutzung geheimer Erfindungen bei Karl Gareis.....	434
b. Josef Kohler: die Erklärung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen aus dem Persönlichkeitsrecht...	439
2. Die Übertragung der Theorie der Individual-, Persönlichkeits- und Immaterialgüterrechte als Versuch einer innovativen Legitimation.....	443
a. Hermann Ortloff: „Das Individualrecht auf Bewahrung der Geschäftsgeheimnisse“.....	443
aa. Die Herleitung.....	444
bb. Der Schutz gegenüber jedermann.....	450
cc. Das Verhältnis zum Patentrecht.....	450
b. Josef Ludwig Brunstein: das Unternehmensgeheimnis als „ideales Gut“.....	451
c. Felix Damme: das „Individualgeheimniß“ als „ein dem Eigenthum analoges Vermögensrecht“.....	453
d. Wilhelm Reuling: das „Fabrikationsgeheimniß“ als „immaterielles Rechtsgut“ des Unternehmers.....	455
aa. Die Auflösung der „Begriffsculisse“ der „Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse“.....	456
bb. Die „rechtliche Natur“ der „hinter dem Geheimniß stehenden Rechtsschutzobjecte“.....	457
cc. Die Bedeutung der Geheimhaltung für den Rechtsschutz.....	459
dd. Die Frage der Konkurrenz zum Patentrecht.....	460
e. Ergebnis.....	461
3. Die Kritik der Gegner eines Schutzes.....	465
a. Gustav Freudenstein.....	465
b. Otto von Gierke.....	467
aa. Der Rechtsgrund des Schutzes gegen den unlauteren Wettbewerb.....	469
bb. Die Kritik am Schutz von Unternehmensgeheimnissen.....	471
4. Die Kritik der Befürworter eines Schutzes.....	474
a. Edwin Katz.....	474
b. Richard Alexander-Katz.....	478

	c. Hans Schuler.....	478
II.	Die Strafbarkeit des Verrats von Unternehmensgeheimnissen „unter dem Gesichtspunkt der Untreue“: Vermögensschutz und Treueverhältnis als Begründungen.....	480
	1. Die Argumentation von Katz, Alexander-Katz, Schuler et. al.	480
	2. Die Frage des (Konkurrenz)Verhältnisses zum Patentrecht	482
	3. Die Position der mittels eines Rechts argumentierenden Befürworter eines Schutzes zur Legitimation mittels eines Treueverhältnisses	483
	4. Das nachvertragliche Treueverhältnis.....	485
III.	Die unklare Legitimierung im Gesetzgebungsverfahren.....	486
	1. Der erste Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	487
	2. Der zweite Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	488
	3. Die Beratungen im Reichstag	490
IV.	Fazit	491

*Kapitel 10: Die Gründe für die Wahl eines strafrechtlichen Schutzes
für Unternehmensgeheimnisse im UWG von 1896*

	494	
I.	Das prägende Vorbild der Partikularstrafgesetzbücher.....	496
	1. Die Diskussion in der Literatur.....	497
	2. Gesetzgebungsverfahren.....	503
II.	Die Verletzung eines Unternehmensgeheimnisses als strafwürdiges Verhalten.....	505
	1. Literatur	505
	2. Die Strafbarkeit des Anstifters	510
	3. Gesetzgebungsverfahren.....	512
III.	Abstrakter generalklauselartiger Schutz durch Strafrecht.....	514
IV.	Strafrecht als Mittel der Prävention	515
	1. Prävention aufgrund der Vermögenslosigkeit des Arbeitnehmers.....	516
	2. Prävention und wirtschaftlicher Anreiz zum Verrat.....	518
	a. Prävention hinsichtlich des Anbieters	518
	b. Prävention hinsichtlich des finanzkräftigen Nachfragers.....	521
	c. Das Ziel: Beseitigung sämtlicher Anreize zum Verrat.....	523
	3. Prävention als Mittel zur Verhinderung von Beweisschwierig- keiten und öffentlicher Prozesse	523
	4. Gesetzgebungsverfahren.....	525
V.	Die Gründe für das Fehlen eines zivilrechtlichen Alternativ- vorschlags.....	526
VI.	Fazit	527

<i>Kapitel 11: Die Diskussion über die Vereinbarkeit des Schutzes</i>	
<i>von Unternehmensgeheimnissen mit den Interessen der Arbeitnehmer</i>	
	530
I.	Die Maximalforderungen zu Beginn der Diskussion..... 531
II.	Die Diskussion über die Arbeitnehmerinteressen bis zum Gesetzgebungsverfahren..... 533
1.	Die Auswirkungen eines Schutzes: Unternehmensgeheimnisse zwischen (strafrechtlich geschütztem Betriebskapital und Fachwissen der Arbeitnehmer 535
a.	Die Verschiebung der Verhandlungsmacht durch den Geheimnisschutz und die Diskussion über den liberalen Arbeitsvertrag 535
aa.	Keine Veränderung des Status quo zulasten der Arbeitnehmer 536
bb.	Schutz der Arbeitnehmer vor Missbrauch der Vertragsfreiheit statt gesetzlicher Schutz von Unternehmensgeheimnissen..... 539
b.	Die freie Verwertbarkeit erlernter Kenntnisse bei einem Arbeitsplatzwechsel 544
c.	Das faktische Berufsverbot für erfahrene Spezialisten 545
2.	Ein vom Arbeitnehmer erfundenes Unternehmensgeheimnis..... 546
3.	Das Damoklesschwert der Strafandrohung 547
4.	Der Schutz im nachvertraglichen Bereich als Brennpunkt des Interessenkonflikts 548
5.	Das Patt in der Diskussion und die Untätigkeit des Gesetzgebers 549
III.	Die Behandlung der Frage in den Regierungsentwürfen für ein UWG..... 549
1.	Der erste Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs 550
a.	Hinreichend präziser Begriff für eine Strafbestimmung 551
b.	Keine Beeinträchtigung des allgemeinen Erlernten des Arbeitnehmers..... 551
c.	Kompromiss im nachvertraglichen Bereich durch zeitliche Befristung des Schutzes 551
2.	Die Reaktion der Öffentlichkeit..... 552
a.	Die Petition des „Vereins Deutscher Ingenieure“ (1895)..... 553
b.	Die Kritik des „Deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums“ 553
c.	Der 20. Deutsche Handelstag am 22. und 23. Februar 1895..... 554
d.	Literatur 555

3.	Der Lösungsvorschlag der Regierung im zweiten UWG-Entwurf.....	559
4.	Die Reaktion der Öffentlichkeit.....	561
a.	Literatur.....	561
b.	Die Petition des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ (1896).....	564
c.	Die Mitgliederversammlung des „Deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums“ am 30. Januar 1896.....	566
IV.	Die parlamentarischen Beratungen der Normen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen im UWG von 1896.....	569
1.	Die erste Lesung.....	570
2.	Die Kommissionsberatungen.....	581
a.	Die erste Lesung in der Kommission.....	581
b.	Die Stellungnahme der Regierung.....	584
c.	Die zweite Lesung in der Kommission.....	585
3.	Die zweite Lesung.....	587
4.	Die dritte Lesung.....	598
V.	Die Bewertung durch den „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“.....	601
VI.	Fazit.....	603

Teil 3: Interpretation und Expansion: die weitere Behandlung des „Kompromißgesetzes“ in Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung.....	607
---	-----

<i>Kapitel 12: Die Diskussion über die rechtliche Einordnung</i>	615
--	-----

I.	Das Treueverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.....	616
II.	Vermögensschutz.....	620
III.	Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen als Schutz eines Individual- oder Persönlichkeitsrechts.....	621
1.	Persönlichkeitsrechtlicher Schutz der in Unternehmens- geheimnissen verkörperten individuellen Leistung.....	622
a.	Karl Gareis.....	622
b.	Eugen Friedlaender.....	624
c.	Paul Schmid.....	632
2.	Persönlichkeitsrechtlicher Schutz der Geheimsphäre.....	633
3.	Kombinationen mehrerer Gesichtspunkte.....	634
a.	Alfred Lobe.....	635
b.	Josef Kohler.....	640

IV.	Unternehmensgeheimnisse als Objekte eines Immaterialgüter- oder Vermögensrechts	645
V.	Alexander Elster: das Unternehmensgeheimnis als „Geistesgut“	650
VI.	Julius Seligsohns Lehre vom „Geheimnisbesitz“	651
VII.	Unternehmensgeheimnisse als Bestandteil des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	653
	1. Die Entwicklung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb.....	654
	2. Die Anwendung auf Unternehmensgeheimnisse.....	654
	a. Otto Herzfeld	655
	b. Rudolf Isay	656
	c. Friedrich Carl Plentz.....	658
	d. Adolf Baumbach.....	659
	e. Eberhard Schmidt	659
	3. Persönlichkeitsrecht, Immaterialgüterrecht und Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	665
VIII.	Fazit	667

Kapitel 13: Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen durch das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900

I.	Unlauterer Wettbewerb und BGB	669
II.	Durch das Bürgerliche Recht zu schließende Lücken im Schutz von Unternehmensgeheimnissen.....	672
III.	Die anwendbaren deliktsrechtlichen Vorschriften des BGB.....	674
	1. § 826 BGB	675
	2. § 823 Abs. 1 BGB	681
	a. Die Attraktivität des § 823 Abs. 1 BGB	682
	b. Die ablehnende Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Persönlichkeitsrecht	684
	c. Die Alternative über das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	685
	3. § 823 Abs. 2 BGB	688
IV.	Sonstige anwendbare Vorschriften des BGB.....	689
V.	Fazit	689

Kapitel 14: Die UWG-Reform des Jahres 1909 und der Schutz von Unternehmensgeheimnissen

I	Die UWG-Reform des Jahres 1909.....	692
II.	Die Frage des Ausbaus des strafrechtlichen Schutzes von Unternehmensgeheimnissen.....	693
	1. Die Diskussion im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens	693
	2. Das Gesetzgebungsverfahren.....	695

a.	Die Bestimmungen zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen nach der UWG-Reform.....	696
b.	Die Einführung der Bestimmung gegen den Vorlagenmissbrauch (§ 18 UWG).....	697
c.	Die Absage an eine Ausweitung des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen.....	698
aa.	Der Verzicht der Regierung auf Vorschläge zu einem Ausbau des Schutzes	698
bb.	Die ablehnende Diskussion in den parlamentarischen Beratungen.....	699
III.	Die wettbewerbsrechtliche Generalklausel (§ 1 UWG).....	701
1.	Die Einführung der wettbewerbsrechtlichen Generalklausel.....	701
2.	Die Nutzbarmachung der wettbewerbsrechtlichen Generalklausel zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen	704
a.	Das französische Vorbild	704
b.	Der kombinierte Schutz von Unternehmensgeheimnissen aus § 826 BGB und § 1 UWG	705
c.	Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen in den Fallgruppen zu § 1 UWG	707
d.	§ 1 UWG und der Schutz von Unternehmensgeheimnissen gegenüber ausgeschiedenen Arbeitnehmern	708
IV.	Fazit	709

Kapitel 15: Ausblick: Korrekturen am und Diskussionen im etablierten deutschen Modell zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen 711

I.	Die Modifikationen des strafrechtlichen Schutzes von Unternehmensgeheimnissen.....	712
1.	Die Reform durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März 1932	712
a.	Die Reformdiskussion.....	712
b.	Der Weg über eine Notverordnung und die modifizierten Bestimmungen	713
c.	Neumerkantilistische Entwicklungstendenzen“: der Schutz von Unternehmensgeheimnissen gegenüber dem Ausland	715
d.	Die weitere Ausdehnung des Schutzes durch die Verordnung	719
e.	Unberücksichtigte Forderungen	721
2.	Reformen nach dem Zweiten Weltkrieg	724
a.	Die Änderungen durch das Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (1986)	724

b. Die Modifikationen durch die UWG-Reform des Jahres 2004	725
II. Das Dücko-Geheimverfahren-Urteil und die Folgen: die Diskussion um das Bestehen eines Rechts am Unternehmensgeheimnis	726
III. Rechtsgeschichte und die Frage des Rechts an Unternehmens- geheimnissen	731
Quellen- und Literaturverzeichnis	737
I. Materialien	737
II. Quellen	744
III. Literatur	756
Register	771